

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

12. Ausgabe / 28. Jahrgang

Für Halle und den
Saalekreis

11. Dezember 2018

Wieder geht ein Jahr zu Ende

Liebe Genossinnen und Genossen.

Wieder geht ein Jahr zu Ende. Das Jahr 2018 war kein Wahljahr und trotzdem nicht uninteressant. Zahlreiche Themen haben wir besprochen. Höhepunkte wie den Frauentag, den ersten Mai, unser Sommerfest, die zahlreichen Stadtteilstädte und vieles mehr gemeinsam gestemmt. Dafür meinen herzlichen Dank.

Obwohl 2018 kein Wahljahr war, haben uns doch Wahlen beschäftigt. Im Januar präsentierten Bündnis90/Grüne, SPD und DIE LINKE ihren gemeinsamen Kandidaten zur Oberbürgermeisterwahl 2019, Hendrik Lange. Die "Mitteldeutsche Zeitung" schrieb von einem Paukenschlag. Ein Paukenschlag war es mitnichten, sondern das Ergebnis langer Gesprächsreihen zwischen den drei Parteien, die vertrauensvoll und auf Augenhöhe stattfanden. Zu unserer Gesamtmitgliederversammlung am 09.03.2018 gaben wir Hendrik in offener Abstimmung unser Vertrauen. Im Sommer des Jahres wurde dann vom Landtag das Kommunalwahlgesetz des Landes Sachsen-Anhalt geändert, was eine geheime Wahl des Kandidaten

notwendig machte. Mit 96,4% bestätigte die Gesamtmitgliederversammlung am 10.11.2018 die Unterstützung von Hendrik Lange.

Bereits seit geraumer Zeit befassen wir uns auch mit dem Kommunalwahlprogramm für die Kommunalwahlen 2019. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir am 02.02.2019 zu unserer Gesamtmitgliederversammlung letztlich ein Wahlprogramm beschließen werden, welches den Bürgerinnen und Bürgern ein positives Angebot zur Entwicklung unserer Stadt unterbreitet.

Die Europawahlen stellen dann sozusagen die dritte Herausforderung an unseren Stadtverband. Mit dem Entwurf haben wir uns erst kürzlich das erste Mal auseinandergesetzt und am 10.11.2018 hatten wir ja bereits unsere Vertreterinnen und Vertreter zur Aufstellung der Listen zur Europawahl gewählt.

Also, wir können sicher sein, dass das Jahr 2019 spannend wird. Der Stadtvorstand und ich persönlich setzen auf euer kreatives Engagement, eure Bereitschaft, euch in die Wahlkämpfe aktiv einzubringen und so mitzuhelfen, dass wir in Halle optimale Wahlergebnisse erzielen.

Jetzt aber wünsche ich euch und euren Familien erholsame, Kraft bringende und besinnliche Feiertage und ein gutes erfolgreiches, gesundes neues Jahr.

Marianne Böttcher, Vorsitzende



Der Stadtvorstand der Partei DIE LINKE. Halle (Saale) und die Redaktion des Linken Blattes wünschen allen Genossinnen und Genossen, Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes, friedliches Jahr 2019.

Die erste Ausgabe des Linken Blattes im Jahr 2019 erscheint am 15. Januar.
Redaktionsschluss ist der 10. Januar.

In Berlin und (H)alle dabei – Ein Jahr der Solidarität

Ach, liebe Genoss*innen, was war das für ein Jahr 2018. So viel ist mal wieder geschehen, dass einen die Ereignisse ganz schwindlig machen können. Die Solidarität der Gesellschaft wurde geprüft und verteidigt. Denken wir mal an die Unteilbar-Demo in Berlin mit einer Teilnehmer*innenzahl fast so hoch, wie die Einwohner*innenzahl von Halle, das Wir-sind-mehr-Konzert in Chemnitz, die Verteidigung des Hambacher Forsts oder jüngst: Die vorerst verhinderte Räumung des soziokulturellen Zentrums Hasi in der Hafestraße und die Soli-Demo der Unterstützer*innen.

Dieses Jahr gingen tausende Menschen im gesamten Bundesgebiet immer wieder auf die Straßen, um für eine solidarische und gerechte Gesellschaft ohne Ausbeutung und Ausgrenzung zu kämpfen. Sie traten für bezahlbaren Wohnraum ein, für den Erhalt und den Schutz der Umwelt, für mehr Pflegepersonal, für ein freies Internet, für die Freiheit der Wissenschaft, für Selbstbestimmung, Gleichheit, Gerechtigkeit und Mitmenschlichkeit.

Das war auch alles bitter nötig. Leider. Denn dieses Jahr bewies die Bundesregierung mal wieder, dass sie im Fach Humanität geschwänzt hat. Wie sonst lässt sich erklären, dass der Kapitän der Lifeline für die Rettung von in Seenot geratener Menschen angeklagt wird. Menschenleben zu retten ist also ein Verbrechen, sie im Mittelmeer ertrinken zu lassen legitim? Aber auch in anderen Bereichen scheint die Bundesregierung den sozialen Ansatz vermissen zu lassen. Normal- und Geringverdiener*innen können sich kaum noch die Mieten leisten, sozialer Wohnraum wird immer knapper. An anderer Stelle wird an Pflegekräften gespart bis diese ausgebrannt sind. Der Lehrkräftemangel in manchen Bundesländern spricht Bände. Aber Hauptsache beim Dieselskandal wird die Autoindustrie geschont. Es ist scheinbar nicht zumutbar, dass die Verantwortlichen für ihre Fehler in

voller Höhe zur Rechenschaft gezogen werden.

Seit 100 Jahren haben die Frauen in unserem Land endlich das volle Wahlrecht und dennoch kämpfen wir heute wieder um die Selbstbestimmung. Wir diskutieren erneut über die Pille danach, über die Paragraphen 218 und 219a des Strafgesetzbuches, um Lohn-gleichheit und eine wirkliche paritätische Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen. Die Me-Too-Bewegung hat eindrucksvoll gezeigt, wie präsent und alltäglich Sexismus, sexuelle Belästigung und Gewalt in unserer Gesellschaft sind und das auch hier der Kampf noch immer weitergeführt muss.

Die Wahlergebnisse in Bayern und Hessen waren ein eindeutiges Signal an die Bundesregierung, dass ihre Politik nicht gewollt ist.

Doch was tut die GroKo?

Sie schiebt sich gegenseitig den schwarzen Peter zu und redet von Sacharbeit. Keine Spur von Einsicht, keine Spur einer ernstzunehmenden Erneuerung und Veränderung.

Umso mehr freue ich mich über all die schönen Erlebnisse, Projekte und Ereignisse, die dieses Jahr mit geprägt haben: Im Bundestag gibt es nun endlich eine Enquete-Kommission zum Thema Künstliche Intelligenz, die ich auch 2019 mit begleiten werde. In den Franckeschen Stiftungen Halle habe ich unlängst gemeinsam mit Birke Bull-Bischoff und Monika Hohmann eine Konferenz zur Digitalen Bildung, ihren Chancen, Risiken und politischen Notwendigkeiten veranstaltet. Und wer erinnert sich nicht an den 200. Geburtstag des großen Karl Marx. Auch für ihn haben wir dieses Jahr zahlreiche Veranstaltungen organisiert, eine davon war der literarische Abend, "Der entzauberte Marx" mit dem Rhetoriker und Rezitator Dr. Hans-Henning Schmidt.

Neben meiner traditionellen Unterstützung der alljährlichen Fahrraddemo des Critical Mass und meiner

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
DIE LINKE Saalekreis
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de

Marianne Böttcher (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

06.12.2018

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 10.01.2019



**Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat
Dezember Geburtstag haben.**



Spende beim HALLIANZ-Spendenlauf, war ich auch wieder zu Besuch in einer Kita, um mit den dortigen Kindern den Tag der kleinen Forscher*innen zu begehen. Außerdem feierte der Radio Corax e. V. sein 25. Jubiläum. Da ich diesen Verein schon seit Jahren unterstütze, war ich bei den Feierlichkeiten natürlich mit dabei. Ebenso selbstverständlich lasse ich mir auch nicht das berühmte berüchtigte Sommerfest im Linken Laden entgehen, das auch in diesem Jahr wieder einmal unübertroffen viel zu bieten hatte.

Mir waren und sind zudem Termine mit Gewerkschafter*innen, Betriebs- und Personalrät*innen besonders wichtig. Am Puls der Zeit zeigte sich die Diskussion zum DGB-Betriebsrätebrunch zu Erwartungen an arbeitsmarkt- und sozialpolitische Weichenstellungen des Bundestages. Seminaristisch wollten IG-Metaller*innen ihre umfangreichen Fragen zum Vorschlag des Bedingungslosen Grundeinkommens mit mir diskutieren. Und schließlich stehen immer wieder auch Schulbesuche sowie Diskussio-

nen mit Lehrenden und Lernenden auf dem Plan in Berlin und Halle.

Nicht zu vergessen sind all die Bürger*innen-sprechstunden, das Frühstück für alle, die Veranstaltungen und Aktionen zu unseren Kampagnen, zum 1. Mai, zum Frauentag, zum Christopher Street Day, die Stadtparteitage und und und. Alles lässt sich nun wirklich nicht aufzählen.

Doch apropos Stadtparteitag:

Wir haben dieses Jahr den großen Wurf gelandet und gemeinsam mit der SPD und den Grünen einen Oberbürgermeister-Kandidaten aufgestellt, der dem amtierenden OB eine echte Konkurrenz ist.

Hendrik Lange schrieb auf sein Wahlplakat für die Landtagswahlen Gibt Halle Gewicht. Nun, im Vergleich zu OB Wiegand tut Hendrik das tatsächlich in mehrfacher Hinsicht. Nun liegt es an

uns, ihn im kommenden Jahr zu unterstützen und mit ihm gemeinsam die OB-Wahl zu bestreiten. 2019 wird sich die politische Landschaft in Halle verändern. Nicht nur das Amt des Oberbürgermeisters wird neu gewählt, auch der Stadtrat erfährt eine Neubesetzung. Wir müssen hier aktiv mitgestalten und einen kreativen und spannenden Wahlkampf hinlegen, um Halle die sozialste und beste Politik bieten zu können.

Dass wir das gemeinsam schaffen werden, davon bin ich überzeugt und ich freue mich auf die bevorstehenden Ereignisse.

Doch zunächst möchte ich euch allen für euer Engagement und eure Ausdauer herzlich danken. Ich wünsche euch erholsame Festtage und einen guten Start ins Jahr 2019.

Tankt richtig Kraft und genießt die Zeit mit euren Lieben.

Wir sehen, hören und lesen uns wieder im neuen Jahr!
Eure Petra

Liebe Genossinnen und Genossen,

Jahr um Jahr im Januar kommen Tausende Menschen mit Nelken und Rosen zum Grabmal von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Berlin-Friedrichsfelde. 2019 wird der 100. Jahrestag ihrer Ermordung sein und natürlich werden wir aus Sachsen-Anhalt mit dabei sein.

Da uns vereinzelt Anfragen erreichten, ob wir als Landesverband am 13.01.2019 zur LL-Demo einen Bus stellen, möchten wir zunächst den Bedarf klären, um so feststellen zu können, ob und welcher Bus sich lohnt.

Bitte schreibt uns daher mit dem Betreff „Bus LL-Demo“ eine Mail an lgst@dielinke-lsa.de und aus welchem Kreis- oder Stadtverband ihr seid.

Meldet euch bitte bis zum 11.12.2018 bei uns zurück, sodass wir eine erste Übersicht haben.

Mit solidarischen Grüßen

Andreas Höppner und Henriette Krebs

PS: Einige Anmeldungen haben wir bereits, weitere wären vonnöten, damit sich ein Bus auch rechnet.

Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Saalekreis

Am 24. November 2018 kamen mehr als 50 Mitglieder des Kreisverbandes zur Mitgliederversammlung zusammen. Im Namen des Kreisvorstandes berichtete die stellvertretende Vorsitzende Angelika Hunger über zahlreiche Veranstaltungen und Aktivitäten des Kreisverbandes in diesem Jahr. Insbesondere hob sie die Anträge des Kreisverbandes zum letzten Landesparteitag hervor, die zeigen, dass sich unsere Mitglieder aktiv in die Gestaltung linke Landespolitik einbringen.

Die Landtagsabgeordnete und Vorsitzende der Kreistagsfraktion, Kerstin Eisenreich, zog ebenfalls Bilanz über die Arbeit der Kreistagsfraktion in diesem Jahr und berichtete über aktuelle Anträge und Debatten im Landtag und Kreistag. Angesichts der immer noch geringen Anzahl von Frauen in den Parlamenten rief sie dazu auf, mehr Frauen für eine Kandidatur zur Kommunalwahl im kommenden Jahr zu gewinnen.

In der Aussprache wurde über die bevorstehende Kommunal- und Europawahl, wichtige historische Daten, wie den 100. Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, den 80. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges, im kom-

menden Jahr, Frauenrechte, Jugend- und Vereinsarbeit diskutiert.

Die Mitgliederversammlung wählte Sybille Bräuner (OV Salzatal) mit 96 % in den Kreisvorstand nach. Außerdem wurden die Delegierten und Ersatzdelegierten zum Landesparteitag 2019/20 gewählt: Kerstin Eisenreich und Dr. Jutta Walther (je 100%), Angelika Hunger (98%), Regina Siegemund (92,6%), Daniela Müller (90,7%); Robert Bernd (100%), Uwe Müller (98%), Klaus-Dieter Iffarth und László Müller (je 96,3%), Michael Finger (94,4%)

Ersatzdelegierte: Dr. Halina Czikowsky und Gunter Kops (je 98,1%)

Als VertreterInnen und ErsatzvertreterInnen zur Aufstellung der Kandidierenden zur Europawahl 2019 wurden gewählt:

Kerstin Eisenreich (100%) und Michael Teske (98,1%); ErsatzvertreterInnen Regina Siegemund (96,2%) und Dr. Werner Anton (90,4%)

Allen Gewählten herzlichen Glückwunsch und viel Erfolg!

Der Nationalsozialismus im Film

Seit über 60 Jahren gibt es das „Dritte Reich“ nicht mehr. Jedoch ist das öffentliche Interesse an dieser Zeit bis heute nicht abgeebbt. Wir nutzen das Medium Film als „Erinnerungsspeicher“, d.h. dass Bilder und Filme unsere Erinnerung an vergangene Zeiten prägen und formen. Doch das war nicht immer so. Lange war dieser filmische Diskurs des Erinnerens tabu und bis heute haben wir noch immer keinen vollständigen Zugang zur Darstellung des NS und seiner Verbrechen. Die Filmjournalistin Sonja M. Schultz hat sich in ihrer 2012 erschienenen Arbeit „Der Nationalsozialismus im Film. Von TRIUMPH DES WILLENS bis INGLOURIOUS BASTERDS“ damit befasst. Dabei untersuchte sie über 400 international produzierte Filme, angefangen bei NS-Produktionen der 1930er Jahre bis zum heutigen „NS-Retrokino“.

Die Nationalsozialisten wussten, dass bewegte Bilder eine enorme Aussagekraft haben. Sie nutzten die staatlich gelenkte Bildpolitik, um das Bewusstsein der

Massen zu formen und gleichsam ihre Ideologie symbol- und bildhaft zu festigen. Für die NS-Filmpolitik kennzeichnend ist eine starke Stereotypisierung, die Ideales und Feindbilder darstellte; so genannt in „Kulturfilmen“ und Propagandaspiefilmen. Zum Beispiel erschien der Jude immer als eine Art „Ungeziefer“, während die NS-Ideologie glorifiziert wurde. Auch für den NS-Film signifikant ist der Körperkult, die „Fetischisierung des Schönen und Gesunden“, der vor allem in den Produktionen der Regisseurin Leni Riefenstahl verbildlicht wurde. Hingegen blieben die nationalsozialistischen Verbrechen in der NS-Filmpropaganda zumeist bildlos und unbenannt.

Ausländische Filme lieferten bis 1945 den ästhetischen und inhaltlichen Gegenentwurf zur NS-Bild- und Filmpolitik. Hier wurde sich über den Führerkult lustig gemacht, was sich in der Parodie der Figur Hitler zeigte. Dabei waren die Physiognomie Hitlers und dessen Bart eine ideale Spielfläche für Komödianten.

Jedoch blieb auch hier eine vertiefende inhaltliche Auseinandersetzung mit dem NS zumindest in den US-Produktionen bis 1945 aus.

Nach 1945 gelangten zunächst Fotografien an die internationale Öffentlichkeit, die zu Symbolen des Holocaust und der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft werden sollten. Hier waren es vor allem die Leichenberge, welche die Alliierten in den befreiten Konzentrations- und Vernichtungslagern vorfanden, die Eingang in das kollektive Gedächtnis fanden.

Nach und nach bildeten sich International neue Genres heraus, die Filmsprache und ästhetik in den deutschen Produktionen jedoch blieb davon unberührt. Zahlreiche Narrative der NS-Zeit wurden weiterhin verwendet, z.B. der Heimatfilm.

Später boten zahlreiche Genres den Deutschen die Möglichkeit, sich in der Nachkriegszeit und später im geteilten Deutschland über eine stereotype Bildsprache von einer „Kollektivschuld“ freizusprechen. Der SS-Mann wurde neben den NS-Führern zu alleinigen Täterstereotypen. Und nach der Wiedervereinigung geriet ein nationaler Opferdiskurs in den Fokus.

Im Ausland wurden nach 1945 nationale Helden- und Widerstandsgeschichten verfilmt. Eine Darstellung des Holocaust oder eine fundierte Analyse des Nationalsozialismus blieben aus.

Der Ost-West-Konflikt und schließlich der „Kalte Krieg“ behinderten eine Auseinandersetzung mit dem NS, auch im Film. Es wurden Bildpolitiken vorgegeben und der NS weitestgehend tabuisiert. Charakteristisch dafür war die Darstellung Hitlers; seine Person wurde in den 1950ern entweder gar nicht oder allenfalls angeschnitten oder gesichtslos gezeigt.

Als 1948 die polnische Produktion „Die letzte Etappe“ erschien, welche das Leben im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau thematisierte, formte sich trotz der seltenen filmischen Thematisierung des Holocaust eine „Ikonomie des Holocaust“. „Die letzte Etappe“ war der erste Spielfilm der Filmgeschichte, der das Thema Holocaust auf die Leinwand brachte.

Ab Ende der fünfziger Jahre übernahm das Medium Fernsehen in Westdeutschland die Aufarbeitung des

NS. Die in Amerika produzierte Serie „Holocaust – Die Geschichte der Familie Weiss“ brachte den Genozid an den Juden an die internationale Öffentlichkeit und ebnete so Ende der 1970er Jahre einen weiteren Weg für die Auseinandersetzung mit dem NS.

Nach und nach gelang den weltweit Filmschaffenden ein enttabuisierter Zugang zur filmischen Aufarbeitung und Darstellung der NS-Vergangenheit. So gelangten in westlichen Produktionen zunehmend NS-Macht, Lust und Sex vor die Kamera. Westdeutsche Regisseure wagten sich an autobiographische Perspektiven zur Vergangenheitsaufarbeitung. In der DDR entstand mit der DEFA-Produktion „Jakob der Lügner“ eine erste Holocaust-Filmkomödie. Doch auch hier und bis in die 1990er Jahre gelang es nicht, einen kritischen Blick auf den NS und die Darstellung konkreter Opfergruppen zu werfen. Ursachen des Holocaust und die Auseinandersetzung mit dem NS-Antisemitismus blieben weiterhin unberührt.

Inhaltliche und bildliche Tabus der NS-Darstellung wurden nur zögerlich gebrochen, aber die Diskussion um eine zu bewältigende NS-Vergangenheit stets wiederbelebt. So gelang es dem Experimentalfilmer Christoph Schlingensiefel in den 1990er Jahren bisherige Bild-Tabus zu unterlaufen. Mit dem Retro-Melodram „Schindlers Liste“ gewährte er einen Einblick in den bis dahin tabuisierten Täterblick, indem die NS-Täter und mit ihnen die Zuschauer in einer Szene direkt in eine Gaskammer schauen. Spätestens nach der Jahrtausendwende gab es für den Holocaust keine Darstellungstabus mehr.

In der Arbeit von Sonja M. Schultz wird ein umfangreicher Überblick über ideologische, inhaltliche und ästhetische Schwerpunkte der Darstellung des Nationalsozialismus im Film der 1930er Jahre bis heute gegeben. In ihrem Buch veranschaulicht sie, welche Aspekte des Nationalsozialismus wie erinnert, was hingegen im Film tabuisiert wird. Sie macht anschaulich, welche Stereotype, Narrative und Chiffren verwendet werden, um die NS-Herrschaft mit ihren FührerInnen, TäterInnen und MitwisserInnen darzustellen.

Daniela Müller

Redaktion Saalekreis

Klausurtagung des Kreisvorstands Saalekreis

Am 1. Dezember zogen sich der Kreisvorstand und einige interessierte Mitglieder in das lauschige Branderoda zurück, um seine Klausur abzuhalten. In der fünfstündigen Sitzung wurde zunächst der Terminplan für das kommende Jahr abgestimmt. Hier ging es nicht nur um Vorstandssitzungen, wir haben auch einige Feierlichkeiten und Veranstaltungen terminiert. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde viel über die anstehende Kommunalwahl diskutiert. Alexander Sorge, nicht nur Vorsitzender des Saalekreises, sondern auch Pressesprecher des Landes, kam mit frischen Informationen aus Magdeburg. Er stellte die Wahlkampagne zum aktuellen Stand vor und gab einen Einblick in die Werbemittel. Viel Diskussionsbedarf stellte die Wahlkampfzeitung dar, die vom Bund kommen wird. Sie soll verknüpft werden mit den Informationen zur Europawahl, die zeitgleich stattfindet. Auf der Klausur wurde entschieden, dass es die nächsten Mittwoch bis hinein in den Januar eine kleine AG geben wird, die sich mit dem Kommunalwahlprogramm des Saalekreises befassen wird. Hier soll ein erster Entwurf geschrieben werden, der dann auf einer Mitgliederversammlung aller Mitglieder des Saalekreises diskutiert werden soll. Ein weiteres großes Thema auf der Klausur waren

säumige Beitragszahler und Mandatsträger. Leider haben wir dieses Thema immer wieder auf unserer Tagesordnung. An dieser Stelle ist es mir wichtig anzumerken, dass die Beiträge unseren Aktionen und Wahlkampfveranstaltungen zu gute kommen. Wir können keinen Wahlkampf leisten oder mit unkonventionellen Aktionen auf der Straße präsent sein, wenn uns das Geld dazu fehlt. Bitte geht daher in Euch und überlegt, ob ihr auch wirklich Euren Obolus leistet. Wir sind gern gesprächsbereit, wenn es in Einzelfällen nicht machbar ist. Aber dazu benötigen wir zuallererst Kenntnis. Sprecht mit uns.

Gegen Ende der Sitzung präsentierte Daniel Schulz sein „digitales Büro“. Daniel hat sich in den vergangenen Monaten viel Zeit genommen und eine umfangreiche Archivierung all unserer Dokumente vorzubereiten. Zudem hat er die Dokumente neu gestaltet und professionell mit einer Archivierungsnummer und dem Bearbeitungsstand versehen. An dieser Stelle sei Daniel noch einmal ganz herzlich gedankt. Die Kreisvorstandsmitglieder waren hell auf begeistert beim Anblick der Struktur und Organisation.

Daniela Müller
Stellvertr. Kreisvorsitzende

Entdeckungstour

Anlässlich der 100-jährigen Wiederkehr der Novemberrevolution von 1918 in Deutschland gingen wir auf Spurensuche, was noch in der Saalestadt daran erinnert. Nach der Gedenkfeier, die an die Progromnacht von 1938 erinnerte, starteten wir demzufolge auf dem Jerusalemer Platz. Auf dem Hasering erinnerten wir an der Bodenplatte an Rosa Luxemburg. Mit Hinweis auf die berufsbildende Schule in der Charlottenstraße, wo die revolutionäre Matrosenkompanie zum Schutz der Ergebnisse der Novemberrevolution stationiert war. Jedoch wurde die Gedenktafel im Zuge der Sanierung entfernt. An der ehemaligen Hauptpost erinnerten wir an die standrechtliche Erschießung des revolutionären Kämpfers Franz Herzog während der militärischen Auseinandersetzungen im März 1919. Unseren Rundgang beendeten wir in der Galerie Moritzburg an der Plastik von Wolfgang Mattheuer

„Der Jahrhundertsritt“. Irgendwie passte dieses auf-rührerische Kunstwerk zum Anliegen dieser Entdeckungstour.

Hajo Gunkel





ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
SACHSEN-ANHALT

Vortrag mit Diskussion
ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG Sachsen-Anhalt e.V.

13.12. Donnerstag 18.00 | Vortrag und Diskussion

Pöbeln, Hetzen, Diffamieren. Strategien der AfD und der Neuen Rechten.

Ein Vortrag zum „neuen“ Alltag im Bundestag und im Landtag von Sachsen-Anhalt. Henriette Quade, MdL ist wie ihre Kolleg*innen und Kollegen Augenzeugin der Verrohung demokratischer Kultur in unseren Parlamenten. Nach dem Einzug der AfD in den Bundestag hat sich das Klima im Hohen Haus verändert, Provokation ist alltäglich geworden. Wie schafft man den größtmöglichen Skandal, wie kommt man in die Presse und wie kann man sich vor seinen Anhängern am Besten in Szene setzen, scheinen die wichtigsten Fragen für die Abgeordneten der AfD zu sein. Parlamentarische Arbeit? Mangelhaft! Doch wie gehen LINKE Parlamentarier*innen mit dieser Methode um? Im Magdeburger Landtag konnten wir die Verhaltensweisen der AfD schon anderthalb Jahre länger beobachten und Erfahrungen sammeln, wie sich die neue, rechte Partei parlamentarisch gebärdet. Was können wir daraus lernen?

mit Henriette Quade (MdL)

im Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 6, 06122 Halle

KONTAKT
RLS REGIONALBÜRO Halle
Leitergasse 4, 06108 Halle
email: gs-halle@rosaluxsa.de

Pressemitteilung des SDS Halle: Chance für die Japanologie: Das Tenure-Track-Programm des Bundes

Seit 2017 hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung das sogenannte Tenure-Track-Programm aufgelegt, mit dem Nachwuchswissenschaftler*innen gefördert werden sollen. Damit fördert der Bund die Einrichtung von Juniorprofessuren, die die ersten fünf Jahre, also während des sogenannten Tenure-Track-Verfahrens zur ordentlichen Professur, bezahlt werden. Leider konnte sich das alte Rektorat der Universität Halle-Wittenberg nicht dazu entschließen, an dem Programm zu partizipieren, da die Folgekosten als zu hoch eingeschätzt wurden, während Vertreter*innen der Studierenden und Beschäftigten schon damals auf die Möglichkeiten hingewiesen haben, die damit einhergehen. beschloss, sich doch auf die Bundesmittel zu bewerben und alle Fakultäten dazu aufgefordert, ihrerseits Vorschläge für mögliche Juniorprofessuren zu nennen, die dann weitergegeben werden könnten.

Als SDS Halle sind wir der Meinung, dass die Philosophische Fakultät I die Chance nutzen sollte, um eine Juniorprofessur in der Japanologie einzuwerben und fordern sie hiermit dazu auf. In diesem Fachbereich führte der Wegfall einer Professur (von 2) dazu, dass dieser in eine existenzielle Krise geriet und im April 2018 seinen gesamten Bachelor-Bereich verlor. Da es keinerlei fachliche Argumente für diese einschneidende Kürzung gab und sowohl Fachvertreter*innen als auch Gutachter*innen sich klar für einen besseren Personalschlüssel ausgesprochen haben, sehen wir in der Juniorprofessur eine gute Lösung, um die Japanologie wieder zu stärken und das Bachelor-Programm neu aufzusetzen. Die Uneinigkeit bei der Personalausstattung der Japanologie, die in Fakultätsrat und Senat seit Frühling 2017 zur Verhinderung jeder Rettungsbemühung geführt hatte, kann so überwunden werden. Das wäre auch für die anderen kleinen Fächer der Philosophischen Fakultät I ein klares Zeichen dafür, man sie nicht im Stich lässt und ihr Erhalt oberste Priorität genießt.

SDS.Die Linke - Links-Alternative Hochschulgruppe Halle
sds.mlu@googlemail.com
sdsmlu.blogspot.com
facebook.com/Sds.mlu
Twitter@HalleSDS

Am 19. Dezember ab 17 Uhr im Linken Laden trifft sich der Gesprächskreis Gesellschaftskonzeptionen zur Diskussion über das zentrale Thema die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“, die vor 70 Jahren am 10. Dezember 1948 auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen genehmigt und verkündet wurde. Angrenzende Themenbereiche werden mit einbezogen.

Senioren - Café am 30.01.2019 ab 14:30 Uhr Im Linken Laden, Leitergasse 4:
Herr Lasch, Koordinator der Firma Hellwig, dem REHA-Team Halle, informiert über das Recht und den Weg zur Inanspruchnahme von Hilfsmitteln.

**09.01.2019, 17:00 Uhr
Im Linken Laden, Leitergasse 4**

Am 09.01.2019 wird es nicht die übliche Beratung mit den Vertreter*innen der Basisorganisationen und Ortsverbänden und weiterer interessierter Genossinnen und Genossen geben. Stattdessen möchte ich einladen zu einer Diskussion mit allen Interessierten des Stadtverbandes zum Entwurf des Kommunalwahlprogramms in Vorbereitung der Gesamtmitgliederversammlung am 02.02.2019.

Marianne Böttcher,
Vorsitzende

Halle, liebe Linke,

ich bin total empört! Stellt euch vor, da haben doch in dem Ort Sangerhausen im Harz zwei ehemalige Polizisten, die vom Staat eine Rente namens Pangsjon kriegen, eine Frau übelst beschimpft, und zwar mit „Negerhure“. Und warum? Sie ging mit einem Mann, mit schwarzer Hautfarbe.

Das darf doch wohl nicht wahr sein! Und in Sachsen, in einem Ort in der Nähe von Polen soll eine Naziband ein Konzert gegeben haben und die Zuhörer sollen den Hitlergruß „Sieg Heil“ gebrüllt haben. Das haben sich zum Glück die Nachbarn nicht länger bieten lassen und die Polizei alarmiert. Die hat das „Konzert“ dann nachts gegen 1 Uhr beendet. Nun soll ein Staatsschutz (?) der Sache nachgehen. Wir als LAL-Koalition bezweifeln langsam, dass die irgendwie bestraft werden. Na, wir werden ja sehen! Ich glaube, dass wir mit unserem Vortrag in der Schule zum „Tagebuch der Anne Frank“ genau zur richtigen Zeit dran waren. Leo, Anton und ich haben den Vortrag gemeinsam vorbereitet und unter uns aufgeteilt. Meine Großeltern hatten uns dazu noch das Büchlein „Meine Zeit mit Anne Frank“ von Miep Gies gegeben. Sie war die Vertraute und eine der Beschützerinnen der Familie Frank und einer zweiten Familie, die ebenfalls im Versteck untergebracht worden war.

Anne und ihre Familie hatten den jüdischen Glauben und sind, als die Juden in Deutschland schikaniert, verfolgt und auch umgebracht worden sind, in die Niederlande nach Amsterdam geflohen, um den Nazis zu entgehen. Dort konnten sie sich eine gute Existenz aufbauen. Aber die Faschisten marschierten 1940 auch dort ein und auch hier begann die Jagd auf Juden. Annes Familie versteckte sich mit Hilfe solcher Freunde wie Miep Gies im Hinterhaus des ehemaligen Geschäfts von Annes Papa. Sie versorgte die Familie mit Essen, Trinken und Nachrichten. Noch drang nichts vom Massenmord an den Juden in das Versteck. Anne war damals 12 Jahre alt. Sie schrieb ihre Gedanken, Gefühle und Ängste in ihr Tagebuch. Diese Textstelle habe ich daraus im Unterricht vorgelesen:

„Unsere jüdischen Freunde und Bekannten wurden in Mengen weggeholt. Sie wurden in Viehwagen gela-

den und ins Judenlager Westerbork gebracht. Westerbork muss grauenhaft sein. Für Hunderte von Menschen sind viel zu wenig Waschelegenheiten und WCs vorhanden. Flüchten ist unmöglich. Die meisten Leute sind gebrandmarkt durch ihre kahlgeschorenen Köpfe...“ Anne glaubte fest dar-



an, dass sie die Nazis ihr Versteck nicht finden würden. Zwei Jahre lebten sie nun hier schon im Verborgenen. Aber Annes Hoffnung sollte sich nicht erfüllen. Am 4. August 1944, so berichtete Miep Gies, wurde das Versteck verraten und von SS-Leuten und Polizistengestürmt und alle wurden in das nächste Lager verschleppt. Und von dort ging der Transport in einem Viehwaggon weiter in das Vernichtungslager Auschwitz in Polen... Kurz vor der Befreiung wurden Anne und ihre Schwester Margot in das KZ Bergen-Belsen in Deutschland abtransportiert. Anne und Margot starben dort nur wenige Wochen vor der Befreiung im März 1945 an Hunger und Typhus. Nur Annes Vater, Otto Frank, überlebte als Einziger dieses Morden. Miep Gies hatte Annes Tagebuch gerettet und aufbewahrt. Otto Frank veröffentlichte es 1947. Annes Tagebuch wurde in 55 Sprachen übersetzt.

Als Anton am Ende unseres Vortrages entgegen seiner sonstigen Art mit sehr leiser Stimme von Annes und Margots Sterben kurz vor der Befreiung des Lagers berichtete, war es lange sehr still in unserer Klasse.

Ich glaube, dass sie das Schicksal der Franks ebenso traurig gemacht hat wie uns. Unsere Lehrerin sagte am Ende der Stunde, dass wir alle alles tun müssen, dass so etwas nie wieder passiert. Nie wieder dürfen Menschen wegen ihrer Hautfarbe oder ihres Glaubens ausgegrenzt oder gar verfolgt werden. Und da dachte ich an die hetzenden Polizisten in Sangerhausen. Wir alle dürfen ihnen das einfach nicht durchgehen lassen.

Tschüs Eure Lene

Kommission Religionsgemeinschaften, Weltanschauungsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft

Der Parteivorstand der Linken hat auf Grund zahlreicher Debatten innerhalb der Partei mit Beschluss vom 21. Januar 2017 eine Kommission Religionsgemeinschaften, Weltanschauungsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft eingesetzt, die „Entscheidungsgrundlagen für Positionen der Partei zum Verhältnis von Staat und Religions- sowie Weltanschauungsgemeinschaften und der Rolle von Religion und Weltanschauung in der Gesellschaft“ formulieren soll. Der Kommission gehören Mitglieder der Partei an, die verschiedenen religiösen und weltanschaulichen Traditionen verbunden sind.

Aus Sachsen-Anhalt ist Dr. Viola Schubert-Lehnhardt, Vizepräsidentin der humanistischen Akademie Deutschlands, Mitglied der Kommission. Auf Anfrage ist sie gern bereit, über die bisherige Arbeit der Kommission zu berichten.

Weitere Informationen:

<https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/kommission-religionsgemeinschaften-weltanschauungsgemeinschaften-staat-und-gesellschaft/vielfalt-entwickeln-und-verteidigen/>

Dr. V. Schubert-Lehnhardt

Vielfalt entwickeln und verteidigen

DIE LINKE, das Menschenrecht auf Religionsfreiheit und die Trennung von Staat und Religion

Ein Positionspapier der Kommission Religionsgemeinschaften, Weltanschauungsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft.

1. Vielfalt in Pluralität gegen Leitkultur und Abendland

Religion fordert zum Streit und zur Debatte heraus, Konflikte werden kontrovers ausgetragen. Fragen werden gestellt wie: Wie halten wir es mit religiösen Feiertagen und sollte es mehr weltanschauliche Feiertage geben? Sollen in staatlichen Einrichtungen Kreuze hängen? Dürfen Lehrerinnen in der Schule ein Kopftuch tragen? Wie ist mit der religiös motivierten Beschneidung von Jungen und Männern umzugehen? Welche Rechte umfasst das Sonder-Arbeitsrecht der Kirchen und für wen? Wie sollen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften finanziert werden? Beispiele dieser Art ließen sich fast beliebig hinzufügen.

Das Interesse an diesen Fragen zeigt, dass Deutschland durch die Wiedervereinigung säkularer und religionspluraler geworden ist.

Wie soll man angemessen mit dieser Vielfalt an Weltanschauungen und Religionen umgehen, die in Ost- und Westdeutschland eine unterschiedliche Geschichte haben? Welche Rolle spielen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften angesichts der im-

mer härteren Kämpfe um die Bewahrung von Demokratie, Sozial- und Rechtsstaatlichkeit? Wie sollten sie in ihren Gemeinschaften wirken und wie darüber hinaus in die Gesellschaft hinein? Welche Konsequenzen sollte dies für das Verhältnis zwischen den staatlichen Institutionen und dem Staat insgesamt mit den Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften haben?

Für die Rechte ist die Antwort auf diese Fragen die Forderung nach einer Leikultur oder die Verteidigung dessen, was sie „Abendland“ nennt. Thomas de Maiziere überschrieb seine Antwort auf diese Frage mit „Wir sind nicht Burka“ – gemeint ist damit, weil „wir Papst sind“, wie die BILD titelte. Von Pegida, der AfD, der Identitären Bewegung, aber auch der CSU tönt es „Der Islam gehört nicht zu Deutschland“ – gemeint ist damit, weil „wir Abendland sind“. Sie fragen nicht danach, wie wir mit Pluralität umgehen und die Gesellschaft entwickeln können, sondern grenzen mit ihren Antworten aus. Sie werden weder der realen weltanschaulich und religiös pluralen Situation in Deutschland gerecht, noch geltendem Recht. Diese neue Pluralität muss demokratisch und solida-

risch gestaltet werden. Toleranz ist mehr als das bloße Nebeneinander, sie muss zur Anerkennung führen.

2. Religion als Privatsache

Die vor allem in der gesellschaftlichen Linken zu findende Antwort ist die Formel „Religion ist Privatsache“. Das ist richtig in dem Sinne, dass jeder und jede für sich privat entscheiden kann, ob und zu welcher Religion oder Weltanschauung er oder sie sich bekennt und ob und in welcher Form er oder sie das gezeigt zeigen möchte.

Die Formel „Religion ist Privatsache“ seit dem SPD-Parteiprogramm von Gotha (1875) eine zentrale Forderung der gesellschaftlichen Linken, hat aber späterhin einen wichtigen Bedeutungswandel erlebt.

Die Formel sollte einen innerparteilichen Streit schlichten: Religion ist Sache innerer Überzeugung, nicht Parteisache, nicht Staatssache. Erst später wurde aus dem Abwehrrecht, dass die eigene religiöse Überzeugung weder die Partei noch dem Staat etwas angehe, das Prinzip, Religion aktiv aus dem öffentlichen Raum heraus zu drängen.

Mit atheistischen Begründungen wurden die Ansätze für Religionsfreiheit und Toleranz im Stalinismus zerstört. DIE LINKE ist dagegen weder religiös noch antireligiös, sie ist keine Weltanschauungspartei, heißt es im Erfurter Grundsatzprogramm von 2011 und weiter: „Wir stellen uns unserer historischen Verantwortung und haben die Lehren aus dem in der DDR begangenen Unrecht gegenüber Gläubigen gezogen.“ Wir knüpfen an Rosa Luxemburg an, die in ihrem Werk „Kirche und Sozialismus“ 1905 den widersprüchlichen Charakter der Religion herausarbeitete: „Die Sozialdemokratie nimmt niemandem seinen Glauben und kämpft nicht gegen die Religion!“

Sie fordert dagegen völlige Gewissensfreiheit für jeden und Achtung vor jeglichem Bekenntnis und jeglicher Überzeugung. Aber wenn die Priester die Kanzeln als Mittel des politischen Kampfes gegen die Arbeiterklasse missbrauchen wollen, so wenden sich die Arbeiter gegen sie wie gegen alle Feinde ihrer Rechte und ihrer Befreiung. „In dieser Tradition eines Kampfes gegen unterdrückende Mächte in der Kirche wie sonst in der Gesellschaft – aber auch mit religiöser Anregung bzw. Grundlegung – sehen sich Linke.

3. Weltanschauungs- und Religionsfreiheit als Menschenrecht

Ein wesentlicher Schlüssel zum Umgang mit den Konflikten ist das Menschenrecht auf „die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses“ (Art. 4 GG). Es ist die Antwort auf eine lange und konfliktreiche Lerngeschichte im Umgang mit religiöser und weltanschaulicher Vielfalt. Das Menschenrecht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit ist in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen (Art. 18), im UN-Zivilpakt (Art. 18) sowie in regionalen Systemen des Menschenrechts wie der Europäischen Menschenrechtskonvention (Art. 9 Abs. 1 EMRK) und in Art. 4 Grundgesetz verankert.

Ergebnis dieser immer noch nicht abgeschlossenen Lerngeschichte ist es, die Vielfalt unterschiedlicher, konflikthafter und widersprüchlicher Lebensformen zu gestalten. Maßstäbe dafür sind der Zugewinn an Freiheit in der Selbstbestimmung einer und eines jeden, die Stärkung des solidarischen Zusammenhalts und die Förderung demokratischen gesellschaftlichen Engagements.

Die Religionsfreiheit schützt vor allem die Freiheit des Menschen, sich religiös und weltanschaulich selbst zu bestimmen und danach zu leben. Die Grenzen dieses Freiheitsrechts liegen dort, wo dieses Recht in einen Widerspruch zur freien Selbstbestimmung anderer Menschen gerät. Konflikte kann es geben, wo dieses Menschenrecht andere grundlegende Menschenrechte berührt, wie etwa das Recht auf Bildung, auf körperliche Unversehrtheit, die Verhältnisse zum weltanschaulich neutralen Staat. Die Religionsfreiheit erlaubt es, diese Konflikte religionsverfassungsrechtlich einzuhegen und demokratisch auszutragen.

4. Menschenrechte und Emanzipation

Die Linke ist eine Emanzipationsbewegung. Sie will die Menschen von Unterdrückung, Zwang und Abhängigkeit von vorgegebenen Mächten und Zwängen befreien. Im Zentrum stehen dabei diejenigen, deren Freiheitsrechte und Entwicklungsmöglichkeiten gesellschaftlich eingeschränkt sind, die von ökonomischer, politischer und kultureller Ausgrenzung und Diskriminierung bedroht werden bzw. sind. Deshalb

sind für sie die Menschenrechte und ihre Durchsetzung von zentraler Bedeutung. Die Linke will Freiheitsräume schaffen, damit jeder Bürger, jede Bürgerin wissen, annehmen oder glauben kann, was er oder sie meint. Voraussetzung dafür ist, dass Menschen ihre weltanschaulichen bzw. religiösen Überzeugungen privat und öffentlich ausdrücken, ihr Leben nach ihren Überzeugungen gestalten und die Gesellschaft verändern können. Die Religionsfreiheit enthält drei Dimensionen: individuelle Freiheit zum Glauben (positive Religionsfreiheit), individuelle Freiheit vom Glauben (negative Religionsfreiheit) und die gesellschaftlich-kollektive Freiheit, den Glauben öffentlich und sichtbar zu leben. Diese drei Dimensionen sind unteilbar und gehören zusammen. Die Linke setzt sich auf dieser Grundlage dafür ein, dass sich Weltanschauungs- und Religionsgemeinschaften aktiv und konstruktiv in der Gestaltung einer gerechten, demokratischen, friedensorientierten humanen Ordnung einbringen und Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und jede andere Form von Rassismus, Autoritarismus, Intoleranz in ihren eigenen Reihen und in der Gesellschaft als Ganzes bekämpfen.

5. Laizistische und pluralistische Säkularität

Die Religionsfreiheit beruht auf der gleichen Achtung vor der Gewissensfreiheit einer und eines jeden, der weltanschaulichen Neutralität des Staates sowie auf der Trennung von Staat und Religion. Die Trennung von Staat und Religion ist in zwei Weisen möglich, die klar voneinander zu unterscheiden sind: Die eine lässt sich als laizistische Version der Säkularität nach dem französischen Modell bezeichnen, die andere als Laizismus oder – eindeutiger formuliert – als pluralistische Säkularität.

Die französisch-laizistische Version entstammt einer spezifischen Konfliktkonstellation in Frankreich Ende des 19. Jahrhunderts, als sich der französische Staat gegen die Übermacht einer anti-aufklärerischen und anti-republikanischen katholischen Kirche wehrte. Diese laizistische Version der Säkularität stellt die positive Religionsfreiheit als Freiheit zur Religion und der Freiheit, diese gemeinschaftlich und öffentlich zu leben, zurück hinter die negative Religionsfreiheit als Freiheit von der Religion. Der Staat gibt mit dieser laizistischen Version der Säkularität der Trennung von Kirche und Staat und seine Neutralität auf und wird zu einem laizistischen Konfessionsstaat. Indem er Partei

für eine Weltanschauung bzw. Religion ergreift, gerät er in einen Widerspruch zum Neutralitätsgebot des säkularen Staates und bedroht in letzter Konsequenz das Menschenrecht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit. Diese laizistische Version der Säkularität war die Antwort auf einen Konflikt zwischen der katholischen Kirche und dem Staat zu einer bestimmten Zeit und unter spezifischen nationalen Bedingungen. Die laizistische Version der Säkularität will Religionskonflikte dadurch lösen, dass sie Religion aus der Öffentlichkeit ausschließt, erzeugt dadurch aber neue Religionskonflikte.

Die pluralistische Säkularität dagegen organisiert einen im Idealfall Freiraum für Vielfalt und die freie Selbstbestimmung, in dem sich die Menschen mit ihren Überzeugungen offen begegnen und mit Pluralität umgehen können: LaizistInnen und Frommen, AtheistInnen und KonvertitInnen, SkeptikerInnen und AgnostikerInnen gemeinsam in einer Gesellschaft.

Unsere Antwort auf diese Herausforderung einer religiös und weltanschaulich pluralen Gesellschaft ist eine pluralistische Säkularität, die die Vision einer solidarischen Welt lebt, in der viele Welten und Anschauungen über sie Platz haben.

6. Pluralität in der Zivilgesellschaft

Ein weltanschaulich und religiös neutraler Staat muss von den Religionen getrennt sein, doch das schließt keineswegs eine Kooperation auf der Basis der Trennung aus, sondern erfordert sie geradezu.

In einer demokratischen Gesellschaft hat der Staat nicht das Monopol des Politischen inne, sondern ist wesentlich auf die Beiträge der zivilgesellschaftlichen Organisationen angewiesen, muss ihnen Raum lassen und diesen Raum auch aktiv schaffen. Die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sind mit anderen Trägern der Zivilgesellschaft konstitutiv für eine lebendige Demokratie. Sie in den privaten Raum abdrängen zu wollen, würde die Zivilgesellschaft schwächen und den Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften verweigern, einen Beitrag zur Zivilgesellschaft und zum demokratischen Diskurs einzubringen.

Da der Staat verfassungsrechtlich für alle Religionen und Weltanschauungen offen ist, muss er auch Pluralität achten, schützen und erfüllen. Eine Privilegierung der christlichen Kirchen ist verfassungsrechtlich und verfassungspolitisch nicht zu legitimieren. Die Wieder-

entstehung jüdischen Lebens in Deutschland nach 1945 und vor allem nach 1990 begrüßen wir. Auch islamische Gemeinschaften sowie andere Religionen und Weltanschauungsgemeinschaften müssen einen mit den christlichen Kirchen und jüdischen Religionsgemeinschaften gleichberechtigten Platz einnehmen können.

7. Die Religionspolitik der LINKEN in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen

DIE LINKE positioniert sich in einer Situation, in der die Religions- und Weltanschauungsfreiheit von rechts in Frage gestellt wird. Sie steht für eine Trennung von Staat und Religion, für die Religionsfreiheit und positioniert sich in den Auseinandersetzungen und Kulturkämpfen, die in der Gesellschaft, aber auch innerhalb der Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften ausgetragen werden. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass sich alle Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften aktiv für eine demokratische, solidarische und friedliche Gestaltung der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland, der EU und darüber hinaus einsetzen können.

Aus der letzten Stadtratssitzung am 21. November 2018

Er kommt nicht - der REWE-Markt in Heide-Süd. Der Oberbürgermeister hatte Widerspruch gegen den Beschluss aus der Stadtratssitzung im Oktober gestellt. In dieser besagten Sitzung hatte der Stadtrat bereits entschieden, keinen Rewe-Markt zu errichten. Auch beim zweiten Mal fiel das Ergebnis knapp aus: 19 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen. Auch unsere Fraktion stimmte mehrheitlich gegen den Markt. Das Einzelhandels- und Zentrenkonzept der Stadt Halle zeigt auf, dass die Versorgung der Bevölkerung abgesichert ist. Zudem soll ein größerer Markt in unmittelbarer Nähe am Hubertusplatz entstehen.

Mit Diskussionen wurde ein Beschluss zum Ausbau des Sportparadieses am Böllberger Weg verabschiedet. Ursprünglich war der Sportbau ein privates Objekt. Inzwischen ist der USV als großer Sportverein mit involviert. Der Stadtrat hat nun entschieden, weitere vier Millionen Euro aus Fördermitteln über das Programm „Investitionspakt Soziale Integration im Quartier“ in das Projekt zu geben (wenn die Fördermittel genehmigt werden!!). Wichtig für uns war und ist, dass damit auch soziale Problemlagen berücksichtigt werden – z.B. mal später bei den Eintrittspreisen etc.

Die Vorlage zur Einführung des Jugendparlaments wurde vom Oberbürgermeister von der Tagesordnung genommen. Bereits im Hauptausschuss gab es Uneinigkeit über die Ausgestaltung des Jugendparlaments. So wurde u.a. permanent von den Jugendlichen ein Rederecht im Stadtrat eingefordert.

Die Verwaltung geht nach Kommunalverfassung davon aus, dass es nicht zulässig ist. Es gibt aber im Land Sachsen-Anhalt Beispiele dafür, dass man so handeln kann.

Der OB hat in seinem Bericht betont, dass er sich aber weiterhin für das Jugendparlament einsetzen möchte. Es ist nun zu erwarten, dass ein neuer Anlauf nach den Kommunalwahlen im Jahr 2019 realistisch ist.

Auch strittig diskutiert wurde eine Änderung des Bebauungsplanes am Hufeisensee. Positiv abgestimmt wurde mit Mehrheit, dass eine geplante Wakeboard-Anlage und neue Ferienwohnungen errichtet werden können. Eine zweite Trainingsfläche für den Wasserski-club und eine Sportfläche für das Kutterrudern wurde dagegen abgelehnt.

In unsere Fraktion gab es kein einstimmiges Ergebnis, sondern verschieden Voten dazu.

Ein gemeinsamer Antrag unserer Fraktion, der SPD und der Grünen zum Waldbeirat wurde in den Fachausschuss verwiesen. Hendrik Lange hat den Antrag für unsere Fraktion eingebracht und betont, dass es Rückstände bei der Aufforstung gibt. Im gemeinsamen Antrag wurde beschrieben, dass der Stadtwald ein Erholungswald ist, an dem ein hohes öffentliches Interesse besteht.

Beschlossen wurde auch mit unseren Stimmen die Fortschreibung des Nahverkehrsplanes. Allerdings sind dabei die Anträge zum kostenlosen Schülerticket und auch der Antrag zu den freien Fahrten mit der Straßenbahn an Samstagen noch einmal verschoben wurden.

Ute Haupt

+ + + Landtagsticker +

+ +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom
21./22./23.11.2018

Regierungserklärung unter dem Titel „Zukunft entsteht heute – wie wir die Herausforderungen des Strukturwandels meistern“

Auf der Plenarsitzung hat der Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff eine Regierungserklärung zum Thema abgegeben. Für DIE LINKE. verwies Andreas Höppner in der Debatte auf die Erfahrungen, die die Menschen im Land nach der Wende mit der Deindustrialisierung gemacht haben. Deshalb forderte er neue, langfristige und sozial zumutbare Perspektiven für die betroffenen Menschen und Regionen. Er forderte im Namen der Fraktion dabei unter anderem, ein Kohleausstiegsgesetz, ein Klimaschutzgesetz, eine staatliche Beschäftigungsgarantie und einen Strukturwandelfonds in Höhe von mindestens 500 Millionen Euro pro Jahr. Ein Ausstieg ohne gravierende Strukturbrüche lasse sich nur erreichen, wenn der Kohlekonsum neben dem Ausstiegsweg auch die Ausgestaltung und soziale Begleitung des Strukturwandels in den betroffenen Regionen zum Inhalt hat. Ein zentrales Instrument sei hier die finanzielle Unterstützung der Regionen durch den Bund.

#Bürgerentlastung

Straßenausbaubeiträge sollen zum 1.1.2019 abgeschafft werden

Mit dem Gesetzentwurf legt die Fraktion DIE LINKE konkrete Vorschläge vor, um mit Wirkung zum 1. Januar 2019 Straßenausbaubeiträge abzuschaffen. Bundesweit haben die Beschwerden über zu entrichtende Straßenausbaubeiträge Bewegung in die Diskussion gebracht, auch in Sachsen-Anhalt.

Die Fraktion DIE LINKE kritisiert die Ansicht, dass eine bessere Straße das anliegende Grundstück aufwertet. Bessere Straßen und Fußwege dienen der Allgemeinheit, weshalb es nachvollziehbar als ungerecht empfunden wird, wenn nur wenige dafür zahlen sollen. Nicht selten werden sehr hohe Beitragssummen werden, die die Grundstückseigentümer finanziell an den Rand der Existenz bringen. Ziel des Gesetzentwurfs der Fraktion DIE LINKE ist es daher, die

Rechtsgrundlage zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen abzuschaffen und daraus entstehende Einnahmeausfälle der Städte und Gemeinden zu kompensieren.

#Kinder und Jugendliche

Änderung des Kinderförderungsgesetzes verabschiedet

Der von der Landesregierung im September 2018 eingebrachte Gesetzentwurf zielt auf die weitere Verbesserung der Kinderförderung in Sachsen-Anhalt ab. Eltern sollen entlastet, Gemeinden und Verbandsgemeinden sowie pädagogische Fachkräfte unterstützt werden. Daher setzt das neue Gesetz unter anderem auf ein neues Finanzierungssystem. Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration empfahl dem Landtag, den Gesetzentwurf anzunehmen und diesem folgte der Landtag mehrheitlich.

Die Fraktion DIE LINKE. hat den Gesetzentwurf abgelehnt. Denn nach unserer Auffassung bleiben mit dem Entwurf der Landesregierung alle wesentlichen Probleme des KiFöG aus dem Jahr 2013 weiterhin ungelöst. Die Aufgabe, die Kinderförderung in Sachsen-Anhalt auf eine solide strukturelle und finanzielle Grundlage zu stellen, bleibt auch nach der aktuellen Novelle des KiFöG bestehen. Die Fraktion DIE LINKE brachte deshalb bereits im Juni 2017 einen eigenen Gesetzentwurf in den Landtag ein. Mit diesem sollte die Qualität durch Änderungen verbesserte Personalschlüssel verbessert und das Finanzierungssystem der Kinderbetreuung in Sachsen-Anhalt neu organisiert werden.

Ombudtschaftliche Beratung zur Stärkung der Rechte junger Menschen

Mit ihrem Antrag will die Regierungskoalition die Rechte von Kindern und Jugendlichen sowie deren Familien in der Kinder- und Jugendhilfe stärken. Dazu sind die Mitwirkungsmöglichkeiten im Land auszubauen. Die Fraktion DIE LINKE. begrüßt die Einrichtung von Ombudsstellen in der Kinder- und Jugend-

hilfe hier in Sachsen-Anhalt ausdrücklich, weil das Management von Konfliktlagen in familiengerichtlichen Verfahren ein hohes professionelles Niveau und fundiertes fachliches Wissen erfordern. Die Landesregierung soll bis zum Ende des I. Quartals 2019 ein entsprechendes Konzept für ein Modellvorhaben zu erarbeiten.

#aktuell debattiert

Politische Kultur in Sachsen-Anhalt

<https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp7/drs/d3273dan.pdf>

Der Landtag von Sachsen-Anhalt, seine Fraktionen und Mitglieder tragen in besonderer Weise Verantwortung für die politische Kultur in Sachsen-Anhalt und werden beispielgebend in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Seit Beginn der laufenden Legislaturperiode sind wieder rechtsextreme, rassistische, nationalsozialistische und strukturell antisemitische Parolen im Plenum und den Ausschüssen zu hören und sie finden ihr Gegenstück außerhalb des Parlaments in rechtsextremen Aufmärschen, in Hass und Hetze, in rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Und diese aus dem Parlament heraus befeuerte rechte Gewalt hat inzwischen auch den Landtag erfasst und unmittelbar Auswirkungen auf die Arbeit des Parlaments und die Sicherheit der Abgeordneten.

Es bedarf einer Debatte der demokratischen Fraktionen des Landtags über eine politische Kultur, die sich klar gegen Rechtsextremismus positioniert, statt diesen durch partielle Kooperation und Übernahme von Argumenten und Sichtweisen durch demokratische Fraktionen des Landtags und ihrer Mitglieder zu legitimieren, zu verstärken und zu befördern. Und es bedarf einer Verständigung darüber, wie die demokratischen Fraktionen und Mitglieder des Landtags wirksam für eine demokratische politische Kultur in Sachsen-Anhalt eintreten können und der extremen Rechten und ihrer Gewalt unmissverständlich in der Pluralität des demokratischen Spektrums entgegen-treten.

Es sei nicht Zeit für Posen, sondern für Haltung,

forderte Henriette Quade in der von der Fraktion DIE LINKE beantragten aktuellen Debatte.

#Links wirkt

Ausbildungsabbrüche reduzieren

Vor mehr als zwei Jahren hat die Fraktion DIE LINKE einen Antrag in den Landtag eingebracht, mit dem sie auf die hohe Zahl von Ausbildungsabbrüchen in Sachsen-Anhalt aufmerksam gemacht und Möglichkeiten für die Reduzierung vorgeschlagen. Im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration hat man sich nun auf eine Beschlussempfehlung verständigt, durch die unter anderem die Attraktivität der beruflichen Ausbildung gesteigert und sich auf Bundesebene für eine schnellstmögliche Einführung einer gesetzlichen Mindestausbildungsvergütung eingesetzt werden soll. Diese Empfehlung und damit wesentliche Forderungen unseres Antrages wurde angenommen.

#Regional

Einlagerungsstopp in der Grube Teutschenthal

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE hat sich der Landtag mit den Beschwerden der Anwohner/innen über die Geruchsbelästigungen durch die Grube Teutschenthal angenommen. Insbesondere die gesundheitlichen Auswirkungen seien dabei alarmierend. Aus Erkenntnissen des Landesamts für Geologie und Bergwesen, dass die Gerüche aus den derzeit eingelagerten Stoffen herrührten, ergebe sich unmittelbarer Handlungsbedarf. Der Landtag soll daher die Landesregierung unter anderem auffordern, einen sofortigen Einlagerungsstopp zu erwirken.

Die Regierungskoalition forderte mit einem eigenen Antrag, dass die Landesregierung den daraus entstehenden Umweltbelastungen auf den Grund gehe und eine grundlegende Klärung herbeiführe.

Unser Antrag wurde mit 2 Stimmen abgelehnt. Allerdings brachte die Fraktion DIE LINKE zum Antrag der Regierungskoalition einen Änderungsantrag ein, der von dieser übernommen wurde. Der so geänderte Antrag wurde dann verabschiedet.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL)

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzung im November 2018 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de. Auch auf Facebook und Twitter können die Debatten verfolgt werden.

**Weihnachts-PREISSKAT in Halle
am Freitag, den 21. Dezember 2018**

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: gegen 18:00 Uhr

Begegnungsstätte der Volkssolidarität Saaleufer, Böllberger Weg 150,
Der Einsatz beträgt 5,00 Euro. Jeder erhält einen Preis.

Gespielt werden 2 Runden: 36 Spiele am Vierertisch und 27 Spiele am Dreiertisch
und nach der Skatordnung des Deutschen Skatverbandes e.V.

Die Auslosung erfolgt gegen 14:10 Uhr.



Nikolaus, Bischof von Myra, soll sein geerbtes Vermögen unter den Armen verteilt haben. Wir finden das super. Noch besser wäre jedoch eine hohe Erbschaftsteuer auf Vermögen der Superreichen, sodass riesiger Reichtum nicht einfach durchgereicht wird. Und eine Vermögensteuer, die hohen Superreichtum...

Mehr auf Facebook

<https://www.die-linke.de>